



Westliche Rundfunk- und Presseberichte zum XX. Parteitag der KPdSU (1)

1. März 1956

Feindpropaganda zum XX. Parteitag der KPdSU [1. Bericht] [Information Nr. M44/56]

Quelle

BStU, MfS, AS 79/59, Bd. 1a, Bl. 3–8.

Serie

Informationen.

Verteiler

Kein Nachweis für externe oder interne Verteilung.

Verweise

Informationen [M47/56](#), [M52/56](#), [M55/56](#), [M60/56](#) und [M86/56](#).

Sofort nach Bekanntwerden des Rechenschaftsberichtes des Genossen Chruschtschow¹ bestimmten die Schlagzeilen über den XX. Parteitag der KPdSU² das Bild der Westberliner Zeitungen und die Sendungen der Westsender. Aus der Fülle der Kommentare, Stellungnahmen, Reportagen u. a. sind zwei Hauptabsichten der Feindpropaganda zu erkennen: Erstens hetzt man im Zusammenhang mit sämtlichen Ausführungen gegen die Sowjetunion und startet besonders in Bezug auf die Theorie des Marxismus-Leninismus eine Verleumdungskampagne gegen die KPdSU. Zweitens ging man in den letzten Tagen des XX. Parteitages dazu über, die Bevölkerung der DDR anzusprechen und versuchte, besonders unter den Mitgliedern und Kandidaten der SED, Verwirrung zu stiften.

Die Feindpropaganda konzentrierte sich auf folgende Hauptpunkte:

- I. Hetze gegen die KPdSU
- II. Hetze zu theoretischen Problemen
- III. Hetze gegen die Entwicklung in der DDR
- IV. Beeinflussung der Bevölkerung der DDR

I. Hetze gegen die KPdSU

Bei den Kommentaren versuchen die westlichen Rundfunkstationen ihre Hörer dahingehend zu beeinflussen, dass sie den gemachten Ausführungen keinen Glauben schenken sollen. Die »Kommunisten wollen nach wie vor die Weltherrschaft« und es gäbe keine Änderung der Politik. Die Hetze richtet sich außerdem gegen einzelne Funktionäre der KPdSU und dabei vor allem gegen den Genossen Chruschtschow. In diesem Zusammenhang wird von einer Machtzusammenballung gesprochen, die die Wahl des ZK der KPdSU zeigen würde. Nach Bekanntgabe der einmütigen Wahl des ZK beschränkt man sich auf die Einschätzung, wer wiedergewählt und wer neu gewählt wurde, ohne auf eine »Machtzusammenballung« nochmals Bezug zu nehmen.

Der Londoner Rundfunk³ brachte mehrfach Ausführungen über die beabsichtigte Englandreise der Genossen Chruschtschow und Bulganin,⁴ wobei er britische Zeitungen zitierte. U. a. hieß es dabei, dass Genosse Chruschtschow nicht gegen England hetzen solle und dass die Lage in England falsch dargestellt worden sei. »Daily Telegraph« fordert, man solle sich die Einladung nach England nochmal überlegen.⁵ Die »News Chronicle« hetzen, dass man jetzt Stalin kritisieren dürfe, aber die Genossen Chruschtschow und Bulganin nicht.⁶

In zahlreichen Sendungen spricht man über Stellungnahmen des XX. Parteitages gegenüber dem Genossen Stalin. Es wurde von der »offiziellen Zertrümmerung der Stalin-Legende« und dem »Begraben des Stalinismus« gesprochen. Dabei hetzt man immer wieder, dass die jetzigen Kritiker Stalins früher selbst den Persönlichkeitskult usw. mit betrieben hätten. Grobe Verleumdungen spricht man hier vor allem gegen den Genossen Mikojan⁷ aus, der sich jetzt »größte Mühe gab, den Zuhörern zu versichern, dass auch der Stalinismus tot sei«. RIAS hetzte am 20.2.1956: »Die heute Kritik üben, waren alle dabei, als die Geschichte gefälscht wurde, als das Prinzip der kollektiven Leitung verletzt wurde.« In diesem Zusammenhang und vor allem anlässlich des Jahrestages der Gründung der Sowjetarmee⁸ wird mehrfach Trotzki erwähnt, seine Entwicklung in der SDAPR⁹ geschildert und er als »Gründer der Roten Armee« bezeichnet.¹⁰

II. Hetze zu theoretischen Problemen

a) Fragen der Unvermeidlichkeit von Kriegen im Kapitalismus

Der Londoner Rundfunk bezeichnet am 15.2.1956 als den »interessantesten Teil der Ausführungen Chruschtschows seine Revision der Lehre von Marx und Lenin über die Unvermeidlichkeit von Kriegen unter dem Imperialismus«. ¹¹ RIAS spricht von einer »Korrektur Lenins« und man glaubt, über eine »theoretische Unsicherheit« frohlocken zu können.

b) Frage der friedlichen Koexistenz¹²

Die diesbezüglichen Ausführungen werden verächtlich gemacht und man versteigt sich immer wieder zu der Warnung – besonders an die Adresse Indiens gerichtet – dass man der Sowjetunion und den Ausführungen keinen Glauben schenken soll. RIAS hetzt z. B. am 15.2.1956: »Koexistenz heißt also stillhalten, bis die freie Welt vom kommunistischen Bazillus zerfressen ist und den Moskauer Weltherrschaftsplänen wehrlos zum Opfer fällt.«

c) Fragen der Übergangsperiode zum Sozialismus¹³

Zu diesem Problem gab es zahlreiche Stellungnahmen, die mehrmals die Furcht durchblicken ließen, dass die Sozialdemokraten von diesen Ausführungen beeinflusst werden. Die Ausführungen werden als »Volksfrontangebote« bezeichnet und man versucht gleichzeitig, hierbei die Forderung nach »Freien Wahlen« für Deutschland wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Nachstehende Zitate sind charakteristisch: Der Sender »Freies Berlin« warnte am 16.2.1956 die Nichtsozialisten: »Sie dürfen nicht so tun als sei dieses massive Volksfrontangebot auf völlig neuer ideologischer Grundlage gar nicht erfolgt. Es ist erfolgt und damit ist eine neue Lage geschaffen worden für das gegenseitige Verhältnis der Sozialisten und Nichtsozialisten; nicht zuletzt bei uns.«

RIAS, 20.2.1956, 18.45 Uhr: »Noch bemerkenswerter ist eine andere Abweichung Chruschtschows, dass nämlich das Proletariat die Macht nicht unbedingt durch Anwendung von Gewalt erobern muss, sondern dass die sozialistische Gesellschaft möglicherweise auch mithilfe des parlamentarischen Stimmzettels, also durch freie Wahlen, aufgebaut werden könnte.«

Der Sender »Freies Berlin« bezeichnet am 15.2.1956 die Fragen der Übergangsperiode als »persönliche Geste« gegenüber Nehru ¹⁴ und anderer und meint, dass die neuen Theorien auf die Entwicklung in Jugoslawien zurückzuführen seien.

III. Hetze gegen die Entwicklung in der Sowjetunion

Zum 6. Fünfjahrplan wird verhältnismäßig wenig gesagt. ¹⁵ Man beschränkt sich darauf, einzelne Ausführungen verleumderisch umzukehren. Die Aufgabenstellung der Überholung der Produktion der kapitalistischen Länder wird als »bloße Propaganda« bezeichnet. ¹⁶ Man hetzt gegen die Steigerung der Produktion in der Schwerindustrie und stellte die Frage, wer das bezahlen soll. Die Kollektivwirtschaften werden als die »unrationellste Form der landwirtschaftlichen Produktion« bezeichnet.

IV. Beeinflussung der Bevölkerung der DDR

Einzelne Sendungen sind direkt für die Mitglieder und vor allem Funktionäre der SED bestimmt und sollen zur Verwirrung in den Reihen der Partei führen. Einmal heißt es, dass die Funktionäre schweigen, die Redakteure nicht wissen, was sie schreiben sollen und deshalb das Mitglied auch nichts weiß. Zum anderen fordert man aber Diskussionen zu bestimmten Problemen heraus. Den Funktionären sollen folgende Fragen gestellt werden:

- Über den »Wert oder Unwert des Kurzen Lehrganges« ¹⁷
- Ob man Stalin noch zitieren soll oder nicht?
- Werden jetzt die Stalinbände aus den Schaufenstern genommen? Wird die Stalinallee umgetauft?
- »Wer aus den Reihen der gesäuberten deutschen Altkommunisten rehabilitiert wird oder nicht?« (Dabei werden mehrfach Franz Dahlem, ¹ Merker¹⁹ u. a. Herrstadt²⁰ usw. genannt.)

Gleichzeitig werden im Zusammenhang mit der Aufgabenstellung – Schaffung eines besseren Verhältnisses zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten – folgende Forderungen proklamiert:

- »alle wegen politischer Vergehen Verhafteten, Verurteilten und Verschleppten befreien«;
- »Wiedereinsetzung von Kreikemeyer ²¹ u. a.«;
- »Rehabilitierung von Herrstadt«;
- »Nur wer nichts sagt, kann heute noch sicher sein, nichts Falsches zu sagen«. (SFB 23.2.1956)

Mehrfach wird gegen unsere Propagandaarbeit gehetzt. Es wäre noch nicht klar, was jetzt gelehrt werden soll. Auch würde das Studium dadurch erschwert, dass ein Großteil der leninschen Schriften, die jetzt zitiert wurden, bei uns gar nicht vorlägen. Charakteristisch sind dafür folgende Ausführungen:

- London (23.2.1956): Die Funktionäre »befinden sich in einer Situation, da alles, was sie im Laufe des letzten Jahrzehntes gelehrt und durchgesetzt haben, durch einige Reden auf dem Moskauer Parteiplenum zerstört wurde.«
- »Sender Freies Berlin« (20.2.1956): »Diese zweifellos mit Zustimmung der kollektiven Führung angekündigte Neugestaltung der Parteipropaganda stürzt die gesamte Schulungsarbeit der SED über den Haufen ... Es dürfte in vielen Kursanten der SED-Parteischulen die widersprechendsten Gefühle auslösen, von Mikojan darüber belehrt zu werden, dass bisher unanfechtbare Standardwerke abgeschafft werden müssen.«

1

Vgl. Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag. Wortlaut des Referats von N. S. Chruschtschow. In: ND v. 17.2.1956, S. 3–12.

2

Der XX. Parteitag der KPdSU fand vom 14. bis 25.2.1956 in Moskau statt. Der Parteitag, auf dem Parteichef Chruschtschow in einer Geheimrede den Personenkult um Stalin kritisierte und Stalins Verbrechen enthüllte, leitete in der Sowjetunion den Prozess der Entstalinisierung ein.

3

Gemeint ist vermutlich das deutsche Programm der British Broadcasting Corporation (BBC) mit Sitz in London, das seit den 1930er Jahren ausgestrahlt wurde.

4

Nikolai Alexandrowitsch Bulganin, Jg. 1895, sowjetischer Politiker, 1948–58 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1955–58 Ministerpräsident der Sowjetunion. – Nikita Chruschtschow und Nikolai Bulganin waren vom 18. bis 27.4.1956 zu einem Staatsbesuch in Großbritannien. Die im Rahmen der Reise gehaltenen bzw. verabschiedeten Reden und Erklärungen sind dokumentiert in: Besuch N. A. Bulganins und N. S. Chruschtschows in Großbritannien, 18.–27. April 1956. Moskau 1956.

5

Im »Daily Telegraph« erschienen zahlreiche Artikel zum bevorstehenden Besuch von Chruschtschow und Bulganin in Großbritannien. Vgl. z. B. Soviet Visit Programme Drawn up. In: Daily Telegraph v. 16.2.1956, S. 1; Esmond, Frank W.: The Russian Visit. Effect on Captive Peoples. In: ebenda v. 20.2.1956, S. 6; Sir Anthony warns Soviet on H-Bomb – »No Country Can Escape« – Peace Hopes from Visit. In: ebenda v. 28.2.1956; Moscow Hopes of Bulganin Visit. In: ebenda v. 29.2.1956, S. 1. Die Forderung an die britische Regierung, die Einladung zu überdenken, findet sich jedoch in keinem dieser Artikel.

6

In der Tageszeitung »News Chronicle« erschienen zahlreiche Artikel zum XX. Parteitag der KPdSU und seinen Auswirkungen auf das Machtgefüge im Kreml. Vgl. z. B. Forrest, William: Khrushchev has a busy day. In: News Chronicle and daily dispatch v. 15.2.1956, S. 1; Ders.: Khrushchev Topples Idol of the Kremlin. Will the worshippers go next? In: ebenda v. 17.2.1956, S. 7; Ders.: Kremlin puts Stalin in his place. In: ebenda v. 20.2.1956, S. 1; Ders.: Russia is Choosing New Bosses. Malenkov may get sack. In: ebenda v. 25.2.1956, S. 2. Die oben angeführte Aussage findet sich jedoch in keinem dieser Artikel.

7

Anastas Iwanowitsch Mikojan, Jg. 1895, sowjetischer Politiker, seit 1923 Mitglied des ZK der KPdSU, 1935–66 Mitglied des Politbüros bzw. des Präsidiums der KPdSU, 1955–64 erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der Sowjetunion.

8

Die Rote Armee wurde durch einen Beschluss des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion am 28.1.1918 (gregorianischer Kalender) gegründet.

9

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (SDAPR) war eine 1898 in Minsk gegründete politische Partei, die sich 1903 in Menschewiki und Bolschewiki spaltete. Nach dem Ausschluss der Menschewiki im Jahr 1912 benannte sich die Partei 1918 in Kommunistische Partei Russlands (Bolschewiki) um, aus der wiederum die KPdSU (B) hervorging.

10

Leo Trotzki, Jg. 1879, russischer kommunistischer Politiker und marxistischer Theoretiker. Trotzki vertrat eine von der Parteilinie der KPdSU abweichende marxistische Theorie, geriet in Konflikt mit Stalin und wurde von diesem 1927 entmachtet und 1929 ins Exil getrieben; 1940 wurde Trotzki im Auftrag Stalins im Exil in Mexiko ermordet. – Trotzki war maßgeblich am Aufbau der Roten Armee beteiligt gewesen.

11

Chruschtschow hatte in seinem Rechenschaftsbericht die Frage aufgeworfen: »Millionen Menschen in der ganzen Welt fragen: Ist ein neuer Krieg unvermeidlich? Steht der Menschheit, die zwei blutige Weltkriege durchgemacht hat, noch ein dritter bevor?« Diese Frage beantwortete er im weiteren Verlauf der Rede unter Hinweis auf die veränderte weltpolitische Lage wie folgt: »[E]ine verhängnisvolle Unvermeidbarkeit der Kriege gibt es nicht.« Vgl. Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag. Wortlaut des Referats von N. S. Chruschtschow. In: ND v. 17.2.1956, S. 3–12, hier 12.

12

Mikojan hatte in seiner Rede u. a. auf die Erklärungen von Chruschtschow und Bulganin während ihrer Asienreise hingewiesen, nach denen sie »gegen den Krieg sind, aber für den Wettbewerb der zwei sozialen Systeme, für den Kampf der beiden Ideologien im Rahmen der friedlichen Koexistenz eintreten«. Vgl. Den Leninismus konsequent in die Tat umsetzen! Aus der Rede des Genossen A. I. Mikojan. In: ND v. 19.2.1956, S. 3 f., hier 3.

13

Chruschtschow sprach auf dem XX. Parteitag der KPdSU die Möglichkeit an, »auch den parlamentarischen Weg für den Übergang zum

Sozialismus auszunutzen«. Vgl. Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag. Wortlaut des Referats von N. S. Chruschtschow. In: ND v. 17.2.1956, S. 3–12, hier 12.

14
Jawaharlal »Pandit« Nehru, Jg. 1889, indischer Politiker, 1947–64 erster Ministerpräsident Indiens.

15
Der sechste Fünfjahrplan in der UdSSR umfasste den Zeitraum von 1956 bis 1960.

16
Chruschtschow hatte in seinem Rechenschaftsbericht u. a. Folgendes gesagt: »Die gigantischen Vorzüge des sozialistischen Wirtschaftssystems und das hohe Entwicklungstempo der gesellschaftlichen Produktion ermöglichen es dem Sowjetland, in historisch kürzester Frist die wirtschaftliche Aufgabe der UdSSR zu lösen – die stärkst entwickelten kapitalistischen Länder hinsichtlich der Produktion pro Kopf der Bevölkerung einzuholen und zu überholen. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird [...] es möglich machen, den Wohlstand des Volkes auf eine Höhe zu heben, die den großen Zielen der sozialistischen Gesellschaft entspricht. Eine wichtige Etappe auf dem Wege der Lösung dieser Aufgabe ist der 6. Fünfjahrplan.« Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XX. Parteitag. Wortlaut des Referats von N. S. Chruschtschow. In: ND v. 17.2.1956, S. 3–12, hier 11.

17
Gemeint ist das Buch »Geschichte der KPdSU (B), kurzer Lehrgang«, das 1938 in der Sowjetunion, 1939 auch in deutscher Übersetzung erschien. Der Lehrgang behandelt die Geschichte der kommunistischen Bewegung vom ausgehenden 19. Jahrhundert über die russische Oktoberrevolution 1917 bis zur Annahme der Sowjetverfassung im Jahr 1937. Nach dem Zweiten Weltkrieg bildete das Buch in den Staaten des sozialistischen Lagers die Basis für marxistisch-leninistische Schulungen. Durch die Überbetonung der Rolle Stalins in der Oktoberrevolution und beim Aufbau der Sowjetunion trug es maßgeblich zum Personenkult um Stalin bei.

18
Franz Dahlem, Jg. 1892, SED-Politiker, seit 1946 Mitglied des Parteivorstandes und des Zentralsekretariats, seit 1950 Mitglied des Politbüros der SED, im Mai 1953 Ausschluss aus dem ZK und Entbindung von allen Funktionen, 1954 Erteilung einer »strengen Rüge« im Parteiverfahren, 1955–57 Leiter der Hauptabteilung Forschung im Staatssekretariat für Hochschulwesen, Ende Juli 1956 Aufhebung der Parteistrafe.

19
Paul Merker, Jg. 1894, SED-Politiker, 1946–49 Mitglied des Parteivorstandes und Zentralsekretariates, 1949/50 Mitglied des Politbüros der SED und Staatssekretär im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR, im August 1950 Ausschluss aus der Partei und Entfernung aus allen Ämtern, 1950–52 Leiter einer HO-Gaststätte in Luckenwalde, im November 1952 verhaftet und im März 1955 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, im Januar 1956 Haftentlassung.

20
Im Original durchgehend: »Hernstaedt«. Rudolf Herrnstadt, Jg. 1903, Journalist und SED-Politiker, 1949–53 Chefredakteur des »Neuen Deutschlands«, seit 1950 ZK-Mitglied und Kandidat des Politbüros, auf der 15. ZK-Tagung im Juli 1953 Ausschluss aus Politbüro und ZK, 1954 Ausschluss aus der SED, 1953–66 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Zentralarchiv Merseburg.

21
Willi Kreikemeyer, Jg. 1894, SED-Politiker, 1947–49 Präsident der Reichsbahndirektion Berlin, 1949/50 Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn für die SBZ/DDR, im August 1950 Parteiausschluss, Entlassung und Verhaftung, angeblich am 31.8.1950 durch Suizid in der Haft gestorben, eine Version, die erst 1957 bekannt gegeben wurde und an der erhebliche Zweifel bestehen. Vgl. Kießling, Wolfgang: Willi Kreikemeyer, der verschwundene Reichsbahnchef (Hefte zur DDR-Geschichte Nr. 42). Berlin 1997.